Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/470
10. 02. 95

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Februar 1995
am Donnerstag, dem 16. Februar 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welche weiteren atomaren Zwischenlager sind in Süddeutschland geplant, und trifft es zu, daß als eventueller neuer Standort das Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Niederaichbach bei Landshut vorgesehen ist?

2. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den sprunghaften Anstieg des Verkaufs von Dosenbier die Mehrwegquote entgegen allen ökologischen Erfordernissen zurückgeht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß diese – wie auch die sich bei der geplanten bepfandeten Einwegflasche für Mineralwasser abzeichnende Entwicklung – verhindert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

3. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß mit der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte nicht mehr bis 1998 gewartet werden sollte, und was steht der sofortigen Freigabe alternativer Netze für private Anbieter entgegen?

4. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auch im Multimedia-Bereich schon heute ungenutzte Chancen liegen, und welche rechtlichen und administrativen Hindernisse müssen beseitigt werden, um moderne Anwendungen der Telekommunikation zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Auf welche tatsächlichen und rechtlichen Sachverhalte hat sich der Bundeskanzler bei seiner Äußerung während der Debatte des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1995 zum Thema „ARD" berufen, als er mich im Zusammenhang

mit meinem Vorwurf, an der Reise nach Chicago zur Fußball-Weltmeisterschaft am 17. Juni 1994 sei der Sender SAT 1 beteiligt gewesen, der Lüge bezichtigt und behauptet hat, dies sei gerichtlich endgültig geklärt?

6. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte des Vorwurfs des Bundeskanzlers mir gegenüber, ich hätte gelogen, die Mitteilung des Presse- und Informationsamtes vom 16. Juni 1994: „Die Anerkennung (der 60 Ehrengäste, die auf Einladung des Bundeskanzlers in der Kanzlermaschine mitgeflogen sind) findet auch darin ihren Ausdruck, daß sich der Fernsehsender SAT 1 bereit erklärt hat, als Sponsor die Reisekosten der Ehrengäste zu übernehmen" (zitiert aus der Süddeutschen Zeitung vom 17. Juni 1994)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter **Michael Wonneberger** (CDU/CSU)

Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Gerichtsverfahren sowie die Zwangsvollstreckungsverfahren effizienter zu gestalten, um so – unter Berücksichtigung der mangelhaften Personalausstattung durch die Länder – dem Anspruch der Bürger auf vertretbare Verfahrensdauern gerecht zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gründung regionaler Kapitalbeteiligungsgesellschaften zur Aufstockung des Eigenkapitals kleiner und mittlerer Unternehmer sowie von Existenzgründern, und welche Möglichkeiten sieht sie, die regionalen Banken mit steuerlichen und sonstigen Fördermöglichkeiten dazu zu ermuntern, solche gezielte regionale Kapitalsammelstellen zu gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

9. Abgeordneter **Georg Pfannenstein** (SPD)

Kann die Bundesregierung erklären, warum der Ausbau der BAB 6 zwischen Amberg-Ost, Pfreimd und Waidhaus nicht die gleiche Prioritätsstufe erhalten hat wie die Autobahnbauvorhaben in den neuen Bundesländern, obwohl es sich zumindest bei dem Teilstück zwischen Amberg-Ost und Autobahnkreuz Pfreimd um einen wichtigen Lückenschluß in der Ost-West-Verkehrsverbindung handelt und die Anwohner der Ortsdurchfahrten Hirschau, Schnaittenbach und Wernberg-Köblitz derzeit unter unzumutbarem Durchgangsverkehr mit großen Sicherheitsrisiken zu leiden haben?

10. Abgeordneter **Georg Pfannenstein** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann definitiv mit dem Planfeststellungsbeschluß für die Teilstücke Amberg-Ost — Autobahnkreuz Pfreimd bzw. Autobahnkreuz Pfreimd — Woppenhof (Umgehung Wernberg — Köblitz) gerechnet werden kann?

11. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einer internationalen Verbraucherstudie, nach der die Gefahr besteht, daß Babys auf dem Beifahrersitz bei einem Unfall durch den Beifahrer-Airbag getötet werden können?

12. Abgeordnete **Uta Zapf** (SPD)

Hält der Bundesminister für Verkehr im Rahmen der Zulässigkeit zur Anordnung eines Lkw-Nachtfahrverbotes aus Lärmschutzgründen es nach wie vor für sachgerecht, eine Minderung des Mittelungspegels von mindestens 3 dB (A) gemäß Nummer 4.1 der Lärmschutz-Richtlinien StV vom 6. November 1981 zu fordern?

13. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

In welcher Weise nimmt die Bundesregierung nach dem Inkrafttreten der Post- und Bahnreform auf diese Unternehmen Einfluß, um sie zur regionalpolitischen Verantwortung im Sinne des Raumordnungsgesetzes des Bundes anzuhalten, und gibt es z. B. bei der Fahrplanumstellung 1995/1996 konkrete Einflußnahmen der Bundesregierung auf den Bahnvorstand?

14. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens beim Bau der Bundesstraße „B 70 n" im Bereich Neuenkirchen/Wettringen/Metelen – speziell im Hinblick auf einen konkreten Termin für den Baubeginn?

15. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Gerhardt** (F.D.P.)

Wie bewertet der Bundesminister für Verkehr hinsichtlich der Umweltbelastung die Tatsache, daß ein Korridor in der direkten Verlängerung der A 44 am Kasseler Kreuz zu einer Einsparung von 4 km Strecke führen würde?

16. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Gerhardt** (F.D.P.)

Ist der Bundesminister für Verkehr der Auffassung, daß eine ausreichende und vertretbare Kostengrundlage für eine endgültige Korridorentscheidung vorhanden ist, nachdem der Zwischenbericht der Kocks-Consult für die Trassenvariante im „Lossekorridor" Kosten von 231,3 bis 397,2 Mio. DM und für die Trassenvariante im „Soehrekorridor" 399,9 bis 542,7 Mio. DM veranschlagt (also zwischen niedrigster und höchster Summe eine Differenz zwischen 130 und 140 Mio. DM bei beiden Trassen besteht)?

17. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten einen Zwischenbericht der Kocks-Consult für ausreichend erachtet, um eine endgültige und verbindliche Korridorentscheidung zugunsten des sogenannten Lossetalkorridors zu treffen, und hält der Bundesminister für Verkehr eine ausdrücklich als Zwischenbericht genannte Stellungnahme für geeignet, um eine endgültige Entscheidung treffen zu können?

18. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Mißt der Bundesminister für Verkehr der Frage des Verkehrslärms, über den der Zwischenbericht keine abgesicherten Aussagen enthält, da diese erst in späteren Planungsstufen möglich sein sollen, die gleiche untergeordnete Bedeutung bei wie der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten und inwiefern betrachtet der Bundesminister für Verkehr die Lärmbelastung der Menschen als eine bedeutende Grundlage für eine Korridorentscheidung?

19. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Welche Privatisierungs- und Regionalisierungstendenzen hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Elztalbahn, die Bahn von Freiburg nach Breisach, die Bahn Biberach Z. a. H., die Bahn Hausach nach Freudenstadt sowie die Bahn Titisee nach Seebrück im einzelnen, und welche finanziellen Konditionen sind ggf. für die Betreiber vor Ort im einzelnen vorgesehen?

20. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Welche konzeptionellen Vorstellungen wird die Bundesregierung anläßlich der geplanten Vorlage der endgültigen Fassung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention, das nach dem Willen der Unterzeichnerstaaten im ersten Halbjahr 1995 vorliegen soll, in die Verhandlungen einbringen, um eine möglichst umweltfreundliche Verkehrsabwicklung durch den vorrangigen Einsatz des kombinierten Verkehrs und den Umstieg von der Straße auf die Schiene zu fördern, und welche Priorität wird dabei dem Ausbau der viergleisigen Rheintalschiene zwischen Offenburg und Basel zugewiesen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

21. Abgeordneter **Klaus-Jürgen Warnick** (PDS)

Warum hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nicht, wie mit den Bauministern der ostdeutschen Länder vereinbart, den Entwurf für ein Mietpreisüberleitungsgesetz bis zum 1. Februar 1995 vorgelegt, und inwieweit ist es bei der Entscheidung über das Wann und Wie der Überleitung des ostdeutschen Wohnungsbestandes in das Vergleichsmietensystem erforderlich, die Ergebnisse der im Herbst 1995 in Ostdeutschland flächendeckend durchzuführenden Wohnungs- und Gebäudezählung einzubeziehen, nachdem der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, in einer Presseinformation seines Ministeriums am 18. Januar 1995 erklärte: „Die vorliegenden Daten zum Wohnungsbestand in den neuen Ländern sind völlig unzureichend. Sie beruhen auf lückenhaften DDR-Erhebungen aus dem Jahr 1981. Daher liegen weder verläßliche Daten zur Wohnungssituation im Osten vor, noch ist die Gesamtzahl und die regionale Verteilung der Wohnungen bekannt. Eine zielgenaue Wohnungspolitik braucht verläßliche Informationen. Die Gebäude- und Wohnungszählung wird dafür einen zentralen Baustein liefern."?

22. Abgeordneter **Klaus-Jürgen Warnick** (PDS)

Wann und mit welchen inhaltlichen Eckwerten wird nach Auffassung der Bundesregierung der Übergang in das Vergleichsmietensystem in Ostdeutschland erfolgen?

23. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit ein – auch nach der in der 12. Wahlperiode im Bundesrat gescheiterten Initiative des Deutschen Bundestages –, Windenergieanlagen nach § 35 des Baugesetzbuches zu privilegieren?

24. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Wäre aus Sicht der Bundesregierung eine Regelung realisierbar, die eine Privilegierung von Windenergieanlagen zumindest an geeigneten Standorten im Binnenland ermöglicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

25. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)

Wo sollen die durch die Bundesrepublik Deutschland geförderten türkischen Fregatten eingesetzt werden, und wo könnten dabei deutsche Interessen berührt sein?

26. Abgeordneter **Uwe Hiksch** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Bau von zwei MEKO(Mehrzweck-Kombination)-Fregatten für die Türkei auf deutschen Werften mit einer Summe von 150 Mio. DM subventionieren will, und womit wird dieses Vorhaben begründet?

27. Abgeordneter **Uwe Hiksch** (SPD)

Sind der Bundesregierung Befürchtungen bekannt, daß angesichts der Tatsache, daß die türkische Marine bisher schon 16 Fregatten besitzt, die griechische Marine aber nur neun Fregatten und zwei weitere bis 1996 im Bau hat, es durch die Lieferung von zwei Fregatten an die türkische Marine zu einer weiteren Verschärfung des militärischen Ungleichgewichts im östlichen Mittelmeer zu Lasten des NATO-Partners Griechenland kommen könnte?

28. Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Hat die Bundesregierung durch vertragliche Zusicherung der türkischen Seite sichergestellt, daß die MEKO(Mehrzweck-Kombination)-Fregatten nicht zur Sicherung der Versorgung der türkischen Besatzungstruppen auf Zypern eingesetzt werden, um zu verhindern, daß UNO-Resolutionen unterlaufen werden?

29. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung die geplante Werfthilfe an die Türkei mit dem bisherigen Grundsatz ausgewogener Militärhilfen und dem Beschluß der Bundesregierung, jegliche Militär- und Rüstungshilfen an die Türkei einzustellen, in Einklang zu bringen?

30. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, daß die Türkei den nördlichen Teil der Republik Zypern seit über zwanzig Jahren unter Mißachtung geltenden Völkerrechts besetzt hält, und welche Veränderungen der Sicherheitslage der Republik Zypern könnten sich nach Einschätzung der Bundesregierung aus dem Einsatz der aus dem Bundeshaushalt geförderten Fregatten ergeben?

31. Abgeordnete
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die politische Lage in der Ägäis angesichts der wiederholten Kriegsdrohungen türkischer Regierungsmitglieder, darunter der Premierministerin Ciller, des Verteidigungsministers Golhan und des damaligen Außenministers Soysal gegenüber dem EU-Mitglied Griechenland, und hält sie angesichts solcher wiederholter Äußerungen eine einseitige Förderung türkischer Rüstungsvorhaben für geeignet, zum Abbau der Spannungen im östlichen Mittelmeer beizutragen?

32. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der politischen und sozialen Stabilisierung der Türkei mit Finanzhilfen für den Ausbau der Infrastruktur mehr gedient wäre als mit der Förderung von Rüstungsvorhaben?

33. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Was meint die Bundesregierung im einzelnen damit, wenn sie „die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen als Unrecht betrachtet" und dies mit dem Hinweis verbindet, dies geschehe „ungeachtet des historischen Kontextes" (Drucksache 13/160 S. 2 Nr. 3, letzter Absatz)?

34. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung ein „historischer Kontext" die Untaten Deutscher gegen Personen und Gruppen anderer Völker oder die Untaten von anderer Seite an Deutschen entschuldigen oder gar rechtfertigen?

35. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzt sich die Delegation der Bundesregierung bei der gegenwärtig tagenden Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen dafür ein, daß die Menschenrechtssituation im Sudan behandelt wird und die Regierung des Sudan gedrängt wird, die Zusammenarbeit mit dem Sonderberichterstatter der VN zum Sudan, Gáspár Biró, wieder aufzunehmen, wenn ja, auf welche Weise?

36. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Delegation der Bundesregierung die Forderung von Amnesty International nach der Einrichtung einer zivilen Menschenrechtsbeobachterkommission durch die VN-Menschenrechtskommission in Verantwortung der VN oder der Organisation für Afrikanische Einheit, die mit Zustimmung aller drei Kriegsparteien (der sudanesischen Regierung und der beiden Flügel der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee [SPLA]) in allen Provinzen des Sudan arbeiten soll, und welche Mittel zur Durchsetzung dieser Forderung gegenüber der sudanesischen Regierung und der oppositionellen SPLA nutzt die Bundesregierung?

37. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)

Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der vorgesehenen Gewährung von EU-Hilfen zur Beseitigung der Kriegsfolgen gegenüber der kroatischen Regierung auch die Forderung nach einem rechtsstaatlichen Umgang mit denjenigen Gruppen hervorgehoben, die gegenwärtig in Kroatien Diskriminierungen ausgesetzt sind (Serben, Moslems, Deserteure), und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
Frank Hofmann (Volkach)
(SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Schaffung einer neuen Hierarchiestufe im Bundeskriminalamt Wiesbaden mit dem Bericht des Bundesrechnungshofes vom Dezember 1981, in dem dieser mit Hinweis auf die Verlängerung von Informations- und Entscheidungswegen bereits damals erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der vierstufigen Gliederung des Bundeskriminalamtes unterhalb der Amtsleitung erhoben hatte?

39. Abgeordneter
Frank Hofmann (Volkach)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Fortbestands der Hauptabteilungsebene des Bundeskriminalamtes in Meckenheim, wenn große Teile der diese Hauptabteilung im wesentlichen bildenden BKA-Sicherungsgruppe mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin ziehen?

40. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum fördert die Bundesregierung 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges Zeitschriften und Publikationen des Bundes der Vertriebenen und der angeschlossenen Landsmannschaften wie die Zeitschriften „Deutscher Ostdienst" oder „Der Vertriebene Bauer"?

41. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)

Welche verfassungsschutzrelevaten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Aktivitäten der kurdischen Terrororganisation PKK in Deutschland – trotz ihres Verbotes – vor?

42. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung oder der ihr unterstellte Bundesgrenzschutz über Planungen verfügt, die eine Neuordnung der Bahnpolizei beinhalten, und welche Auswirkungen hat dies auf den Bahnpolizeiposten im Oberzentrum Weiden/Opf.?

43. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bislang unternommen, um – wie bei der Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens zugesagt – den Abschluß eines Kooperationsabkommens mit Finanzprotokoll zwischen der Europäischen Union und der Republik Kroatien zu unterstützen, und welche Aufbauhilfen der EU können realistisch erwartet werden?

44. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Rückkehr von ca. 60 000 Flüchtlingen allein aus Deutschland in das schon jetzt durch die Versorgung von Flüchtlingen und Vertriebenen äußerst belastete Kroatien zu einer Verstärkung der innenpolitischen Spannungen führen und die Gefahr eines neuerlichen Krieges um die serbisch besetzten Gebiete erhöhen wird, wenn die erforderlichen Aufbauprogramme nicht verfügbar sind, und ist die Bundesregierung bereit, die Rückschiebung der Flüchtlinge bis zu dem Zeitpunkt zu verschieben, zu dem Aufbauhilfen bereitstehen?

45. Abgeordneter **Dr. Max Stadler** (F.D.P.)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Härtefallregelung für traumatisierte, in Behandlung befindliche Flüchtlinge und ältere, in Kroation alleinstehende Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland durch enge Angehörige versorgt sind, gegenüber den Innenministern der Länder zu unterstützen, und liegen ihr Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen eine solche Regelung betreffen würde?

46. Abgeordneter
Dr. Max Stadler
(F.D.P.)

Wird die Bundesregierung sich angesichts der langen Aufenthaltsdauer vieler bosnischer Flüchtlining auf der nächsten Innenministerkonferenz dafür einsetzen, daß diesen bis zur Umsetzung des für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge vorgesehenen § 32a Ausländergesetz eine Aufenthaltsbefugnis nach § 32 AuslG erteilt wird, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die im Besitz einer Duldung sind, nach Einzelfallprüfung regelmäßig eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden sollte, sofern sie sich seit mindestens zwei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten?

47. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitslage in Kroatien für den Fall, daß dort das Mandat der VN-Schutztruppen nicht über den 31. März 1995 hinaus verlängert wird und die serbisch besetzten Gebiete Kroatiens noch nicht zurückgegeben worden sind, und können die hier lebenden Flüchtlinge aus Kroatien davon ausgehen, daß ihre Rückschiebung ausgesetzt wird, falls es zu erneuten Kriegshandlungen kommt bzw. diese ernsthaft zu befürchten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

48. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Welche Firmen haben außer der Telemit Electronic GmbH während des irakisch-iranischen Krieges Genehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz oder Kriegswaffenkontrollgesetz für Exporte in den Irak oder Iran erhalten?

49. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Hat die Firma Telemit Electronic GmbH auch nach dem irakisch-iranischen Krieg Genehmigungen der Bundesregierung nach dem Außenwirtschaftsgesetz oder Kriegswaffenkontrollgesetz erhalten?

50. Abgeordneter
Michael Wonneberger
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die sehr verbreitete mangelnde Zahlungsmoral privater und öffentlicher Auftraggeber zu Liquiditätsschwierigkeiten bis hin zu Konkursen klein- und mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern führt, und welche Lösungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung?

51. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Mitgliedschaft der Apotheker in den Industrie- und Handelskammern sinnvoll ist, und welche Notwendigkeit sieht die Bundesregierung für diese Mitgliedschaft, insbesondere vor dem Hintergrund, daß Apotheker auch Pflichtmitglieder der Apothekenkammern der Länder sind?

52. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Doppelmitgliedschaft, und hält sie eine Beseitigung dieser doppelten Belastung für erforderlich, gerade auch vor dem Hintergrund der finanziellen Einbußen im Zuge des Gesundheitsstrukturgesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

53. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Grenzgänger in die Schweiz, die ihre Arbeitslosenversicherung nach schweizerischem Arbeitslosengesetz bezahlen, im Falle der Arbeitslosigkeit aber nach deutscher Auslegung vergütet werden, welche erheblich tiefer liegt?

54. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Wer prüft gegenwärtig, ob und inwieweit Grenzgänger in die Schweiz, die dort krankenversichert sind, in die deutsche Pflegeversicherung einbezogen werden können, und liegen der Bundesregierung schon erste Ergebnisse dieser Prüfung vor?

55. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Im Zusammenhang mit der eingeführten Agrarsozialreform zum 1. Januar 1995 und der Zahlungspflicht zur Alterskasse auch der Ehefrauen von Landwirten im Nebenbetrieb frage ich, liegen der Bundesregierung bereits Erkenntnisse dazu vor, wie viele Ehefrauen von Landwirten in Nebenbetrieben von der Neuregelung betroffen sind, und welchen Anteil die von ihnen gezahlten Versicherungsbeiträge am Versicherungsaufkommen insgesamt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

56. Abgeordneter **Hans-Werner Bertl** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Absolventen einer betrieblichen Ausbildung nach erfolgreich abgeschlossener Abschlußprüfung, denen im Rahmen tarifvertraglicher Regelung eine sechsmonatige Weiterbeschäftigung als Facharbeiter ermöglicht wird, welche zu Berufserfahrung und damit zu erheblich verbesserten Arbeitsmarktchancen führt, zum Wehrdienst eingezogen werden trotz gestellter Rückstellungsanträge?

57. Abgeordnete **Gabriele Iwersen** (SPD)

In welchem Umfang und für welchen Zeitraum wird die Tornado-Pilotenausbildung von Upjever nach Holloman (El Paso) verlegt?

58. Abgeordnete **Gabriele Iwersen** (SPD)

Wie weit wird z. Z. technisches Personal für den Einsatz in den USA vorbereitet, und inwieweit ist die Luftwaffenwerft 62 von den geplanten Maßnahmen betroffen?

59. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorgang in Ottobrunn bei München, demzufolge ein geschütztes Gebäude für einen Flugsimulator zunächst für einen zweistelligen Millionenbetrag aus Steuermitteln gebaut wurde und jetzt für einen Millionenbetrag aus Steuermitteln wieder abgerissen wird, mit der Folge, daß für hinter dem Abrißprojekt eingesetzte Computer keine Abstrahlsicherheit mehr gegeben ist, so daß neue, abstrahlsichere Geräte im Millionenwert aus Steuermitteln erforderlich werden, und um welche DM-Beträge handelt es sich bei Gebäudeaufbau, Gebäudeabriß und Wiederherstellung der Kommunikationssicherheit im einzelnen?

60. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung angesichts dieser Vernichtung von Werten aus Mitteln des Steuerzahlers zu tun, und in welcher Weise wird sie die Schuldigen zur Verantwortung ziehen bzw. Schadenersatz fordern?

Bonn, den 10. Februar 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333